

Beschluss Chatkontrolle dauerhaft verhindern, Verschlüsselung als europäisches Grundrecht!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

- 1 Wir GRÜNE setzen uns auf europäischer Ebene gemeinsam mit unseren
- 2 Partnerparteien sowie den Grünen-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im
- 3 Deutschen Bundestag dafür ein, dass ein Grundrecht auf Verschlüsselung für
- 4 natürliche und juristische Personen in die Charta der Grundrechte der
- 5 Europäischen Union aufgenommen wird. Dafür unterstützen wir einen koordinierten
- 6 europäischen Prozess und die Entwicklung einer gemeinsamen politischen
- 7 Strategie.
- 8 Wir lehnen anlasslose Massenüberwachung wie Vorratsdatenspeicherung oder
- 9 Chatkontrolle ab. Stattdessen setzen wir auf eine zielgerichtete und
- 10 rechtsstaatlich abgesicherte Strafverfolgung und die dafür notwendigen
- 11 Datenzugriffsrechte. Im digitalen Raum setzen wir auf Verfahren, die Grundrechte
- 12 schützen und die technische Sicherheit gewährleisten, etwa ein Quick-Freeze-
- 13 Gesetz sowie weitere gezielte Instrumente wie Login-Fallen.
- 14 Anbieter von Kommunikationsdiensten wie WhatsApp, Signal oder Facebook dürfen
- 15 nicht verpflichtet werden, Inhalte flächendeckend oder automatisiert zu
- 16 durchsuchen. Auch Client Side Scanning lehnen wir ab: Es unterläuft die Ende-zu-
- 17 Ende Verschlüsselung, gefährdet private Kommunikation und schafft
- 18 sicherheitsrelevante Schwachstellen. Die Chatkontrolle bietet keinen wirksamen
- 19 Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Fehleranfällige
- 20 KI-Erkennung, massenhafte Falschmeldungen und Ausweichbewegungen von Täter*innen
- 21 würden Ermittlungen behindern. Zugleich brauchen Kinder und Jugendliche gerade
- 22 heute stärkeren Schutz und sichere, selbstbestimmte digitale Räume.
- 23 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns deshalb für eine zielgerichtete
- 24 Stärkung der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden ein sowie für umfassende
- 25 Präventionsmaßnahmen: digitale Kompetenzen, Unterstützung für Eltern und
- 26 pädagogische Fachkräfte, klare Anlaufstellen und verlässliche Hilfsangebote für
- 27 Betroffene.